

Anwesend:

Vorsitz

Dr. Angela Kirstges Gruppe "WIN@WBV, Volt"

stellvertretender Vorsitz

Sven Schoolmann CDU-Fraktion

Mitglieder

Nurhayat Bakir-Block	SPD-Fraktion
Manuel Baruschke	SPD-Fraktion
Stefan Becker	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Ulf Berner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Volker Block	SPD-Fraktion
Heidi Bosse	CDU-Fraktion
Norbert Peter Brandt	SPD-Fraktion
Markus Bulla	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Martin Burkhart	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Martin Ehlers	CDU-Fraktion
Olaf Fischer	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Marvin Hager	SPD-Fraktion
Christina Heide	SPD-Fraktion
Uwe Heinemann	CDU-Fraktion
Birgit Holtz	SPD-Fraktion
Torsten Kastrioti	AfD-Fraktion
Susanne Kempcke	SPD-Fraktion
Thomas Lehmann	Fraktion FDP/FW
Anja Mandt	CDU-Fraktion
Gesche Marxfeld	SPD-Fraktion
Darwin Reinhard	Fraktion FDP/FW
Walther Schäfer	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Schön	SPD-Fraktion
Gabriele Schröder	SPD-Fraktion
Kristian Stoermer	SPD-Fraktion
Jens Stoffers	CDU-Fraktion
Petra Stomberg	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Stump	AfD-Fraktion
Thomas Suberg	CDU-Fraktion
Andreas Tönjes	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Frank Uwe Walpurgis	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Horst Dieter Walzner	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Helga Weinstock	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Olaf Werner	CDU-Fraktion
Astrid Zaage	CDU-Fraktion

Protokollführung

Julia Muth Fachbereichsleiterin

von der Verwaltung

Thomas Bruns	Stadtkämmerer
Jörg Engesser	Fachbereichsleiter
Niksa Marusic	Stadtbaurat
Torben Müller	Fachbereichsleiter

Gäste

Norman Schaaf	Geschäftsführer Klinikum WHV
Rainer Heckenstaller	Gutachter Zirngibl
Katrin Thies	Gutachterin EY Parthenon

Es fehlte entschuldigt:**Oberbürgermeister**

Carsten Feist parteilos

Mitglieder

Antje Johanna Kloster	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Yannick Lonkai	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Thorsten Morisse	AfD-Fraktion
Anja Sanchez Mengeler	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Dr. Günther Schulte	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Michael von den Berg	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Uwe Weithöner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"

Tagesordnung:**A. Öffentlicher Teil**

5. Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil
6. Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)
7. Aktuelle Stunde
8. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
9. Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
10. Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat
- 10.1. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)
- 10.1.1. Errichtung eines Zentralklinikums-Festlegung des Vorzugsstandorts **306/2026**
- 10.1.2. Verschmelzung der Friesland Kliniken gGmbH auf die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **307/2026**
11. Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

A. Öffentlicher Teil

- 5 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Ratsvorsitzende Dr. Kirstges begrüßt die Anwesenden zur Sitzung.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

- 6 Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

7 Aktuelle Stunde

Es liegt kein Antrag auf Aktuelle Stunde vor.

8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es liegen keine Berichte vor.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es liegen keine Berichte vor.

10 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

10.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt
(Beigeordneter Heinemann)

10.1.1 Errichtung eines Zentralklinikums-Festlegung des
Vorzugsstandorts

306/2026

Herr Heinemann führt in die Vorlage ein und begründet diese. Er spricht von einer „bahnbrechenden Entscheidung“, die die Gesundheitsversorgung in der Region maßgeblich beeinflussen werde. Es werde nicht über den Standort, sondern über den Weg und die Prüfung entschieden, an deren Ende dann der zu realisierende Standort stünde. Auch **Herr Fischer** spricht von einer „historischen Entscheidung“. Er verweist auf die Zusammenarbeit der politischen Kräfte in Wilhelmshaven und Friesland sowie die Fachleute, denen es zu verdanken sei, dass man heute an diesem Punkt stünde. Er erinnert daran, dass durch Nicht-Entscheiden erhebliche finanzielle Verluste entstünden und warnt vor einer dauerhaften Entscheidungsunfähigkeit. Die heutige Entscheidung würde den Weg ebnen, um die noch offenen Fragen zu klären.

Frau Mandt weist darauf hin, dass mit den Unterschriften von 27 Ratsmitgliedern die namentliche Abstimmung für beide Beschlussvorlagen beantragt worden sei.

Auf die Nachfrage von **Herrn Burkhardt** informiert **Kämmerer Bruns**, dass je nach Antwort des Landes zu den Fördermitteln Auswirkungen auf die Reihenfolge der Standorte entstehen könnten. Grundsätzlich wären alle „Grüne-Wiese-Standorte“ jedoch gleichbehandelt.

Herr Brandt kritisiert den letzten Satz in der neuen Vorlage und geht davon aus, dass dieser einem Antrag auf Friesland geschuldet sei. **Herr Bruns** verweist auf die intensive Diskussion im FBH und die dort diskutierten Änderungswünsche. Aus diesen sei die Formulierung des letzten Satzes in der neuen Vorlage entstanden, die mit Friesland, wo es einen ähnlichen Antrag gegeben habe, abgestimmt worden sei. Auch **Herr Block** erinnert sich, dass der FBH etwas anderes diskutiert hatte, betont aber, dass es wichtig sei, dass die politischen Gremien eingebunden werden würden. Den nun zu gehenden Weg begrüßt er und dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen im Vorfeld.

Herr Tönjes erbittet eine Aussage der Verwaltung zur Benennung des Standorts C und der seiner Meinung nach unklaren redaktionellen Zuordnung. **Herr Bruns** verweist, dass bei einer entsprechenden Antwort des Landes geprüft würde, ob die Fördermittel am nächstgelisteten Standort angewendet werden könnten.

Herr Walpurgis sieht eine große Chance für den Rat, ein gemeinsames Klinikum für Friesland und Wilhelmshaven und damit die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zu erreichen. Aus seiner Sicht sei dies alternativlos, um die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau hier zu halten. Er spricht sich für den Beschluss aus. **Herr Ehlers** erinnert daran,

dass der Neubau des Klinikums vor neun Jahren beschlossen worden sei und die Ergebnisse nicht wirklich sichtbar wären. Deswegen freue er sich umso mehr, dass man jetzt gemeinsam mit Friesland zu einer größeren Einheit komme, die die notwendigen Fallzahlen erreiche, um die medizinische Versorgung in der Region zu halten. Das Ziel müsse sein, das Prädikat „Maximalversorger“ zu erreichen. Denn nur so könne man sicherstellen, dass ausreichend viele junge Ärztinnen und Ärzte in die Region geholt und hier gehalten werden könne. Ansonsten würde man als Grundversorger nur das Notwendigste anbieten können. Er bitte um Zustimmung für ein gemeinsames Klinikum – ganz gleich, an welchem Standort.

Herr Lehmann verweist darauf, dass es sehr wohl eine Alternative gebe. In Nordenham würde die Helios-Gesellschaft den Erweiterungsbau der Frauenklinik planen. Somit gäbe es private Anbieter, die ohne die Verwendung von Steuergeldern die Klinikversorgung sicherstellen würden. Er spricht davon, dass die nun beginnende Standortprüfung Jahre dauern könne und damit Zeit und Geld verschwenden würde. Die Fraktion FDP/Freien Wähler würden die Vorlagen ablehnen, weil es eben bessere Alternativen gäbe.

Herr Tönjes gibt seine persönliche Meinung kund. Er habe erhebliche Probleme mit dem Gutachten, das seiner Meinung nach fachliche und methodische Mängel aufweise. Wegen dieser eklatanten Lücken sehe er sich nicht in der Lage, auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen. Gleichwohl sehe er es für notwendig und demografisch angebracht, dass Friesland und Wilhelmshaven sich zusammentun um die medizinische Versorgung in der Region zu gewährleisten und sicherzustellen. Dennoch könne er der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Berner dankt Herrn Schaaf, dem Aufsichtsrat und den Mitarbeitenden des Klinikums. Für ihn sei eine Privatisierung keine Lösung, da am Ende des Jahres mehr als die Bilanz zählen würde. Er spreche sich mit Nachdruck für die kommunale Variante aus. Er bittet darum, die Entscheidung nicht an der Standortfrage scheitern zu lassen. Es sei wichtig, ein gutfunktionierendes Klinikum zu erhalten – ganz gleich, wo dies stehe.

Herr Burkhart dankt dem Rat für den Mut, dem Antrag zu folgen und sich gemeinsam mit Friesland auf den Weg zu einem gemeinsamen Klinikum zu begeben. Nichtsdestotrotz habe er gewisse Bedenken. Auch er betont, dass heute keine Entscheidung für einen Standort getroffen werde. Ihm fehlten aber konkrete Anhaltspunkte, wann die Prüfung eines Standorts gescheitert wäre und der nächste Standort geprüft werde. Dennoch werde er sich heute für die Beschlüsse aussprechen.

Frau Weinstock kündigt an, sich zu enthalten. Sie wolle sich nicht in den Weg stellen, habe aber Bedenken, dem neuen Rat etwas vorzugeben. Sie würde sich dennoch freuen mitzuerleben, wenn es endlich ein neues Krankenhaus gebe.

Herr Stump verweist auf die erheblichen Bauchschmerzen der AfD mit den Vorlagen. Dazu habe die AfD verschiedene Fragen an die Verwaltung adressiert. Wegen der in diesen Fragen zum Tragen kommenden Bedenke, werde die AfD heute nicht zustimmen.

Stadtbaurat Marusic verweist auf die geologischen Gegebenheiten der Region und die damit zu erwartenden Herausforderungen. Im Gutachten seien sehr wohl Grundannahmen zum Baugrund berücksichtigt worden. **Herr Hager** spricht sich für ein zentrales Haus und einen gemeinsamen Neubau aus und schließt sich der Zielsetzung von Herrn Ehlers, einen Maximalversorger zu erhalten, an. **Herr Becker** dankt den Herren Bruns, Müller und Marusic für ihre Arbeit. Er nimmt Stellung zu den vorangegangenen Wortbeiträgen und bringt seine Freude zum Ausdruck, dass man heute eine Mehrheit für die Beschlüsse finden würde. **Herr Reinhard** schließt sich dem Dank an die Verwaltung an und betont, die Arbeit der Verwaltung nicht diskreditieren zu wollen. Dennoch werde er dem Beschluss nicht zustimmen. Er empfinde es als Anmaßung, jetzt über eine Entscheidung zu bestimmen, die vor allem die kommende Ratsperiode betreffen würde – vor allem mit Blick auf das

finanzielle Volumen, das hinter dieser Entscheidung stehe. **Frau Zaage** führt zu den Aussagen von Herrn Lehmann aus, dass private Investoren nicht die Lösung wären. **Frau Bakir-Block** bedauert, dass der bestehende Klinikstandort nicht vorne liegen würde und hebt hervor, dass die Wirtschaftlichkeit an diesem Standort höher sei als an anderen. Die Verwaltung habe sie aber mit guten Argumenten und guter Vorarbeit überzeugt, nun zuzustimmen.

Frau Dr. Kirstges gibt den Ratsvorsitz an ihren **Stellvertreter Schoolmann** ab. **Frau Dr. Kirstges** spricht von einer Herzensangelegenheit, die Versorgung für die Menschen in der Region sicherzustellen. Auch sie hätte wie Frau Bakir-Block gerne die Baugrube wieder gefüllt gesehen, dennoch sehe auch sie einen gemeinsamen Standort an anderer Stelle für einen guten Weg. Man habe jahrelang an dem Thema gearbeitet und viele Experten gehört, deswegen sei es jetzt die Verantwortung dieses Rates, die Entscheidung zu treffen. **Herr Bulla** betont, er habe mit der heutigen Entscheidung ein sehr gutes Gefühl für eine hohe Förderung. Wichtig sei, die Anträge zeitnah zu stellen. Gleichzeitig müssen man den Bürgern die Entscheidung und die kommenden Schritte gut erklären. Die Zustimmung zu diesem Entschluss sei richtig, um die medizinische Versorgung langfristig zu sichern.

Die namentliche Abstimmung erfolgt wie folgt:

1.	Bakir-Block, Nurhayat	ja
2.	Baruschke, Manuel	ja
3.	Becker, Stefan	ja
4.	~~von den Berg, Michael~~	
5.	Berner, Ulf	ja
6.	Block, Volker	ja
7.	Bosse, Heidi	ja
8.	Brandt, Norbert Peter	ja
9.	Bulla, Markus	ja
10.	Burkhart, Martin	ja
11.	Ehlers, Martin	ja
12.	~~Feist, Carsten~~	
13.	Fischer, Olaf	ja
14.	Hager, Marvin	ja
15.	Heide, Christina	ja
16.	Heinemann, Uwe	ja
17.	Holtz, Birgit	ja
18.	Kastrioti, Torsten	ja
19.	Kempcke, Susanne	ja
20.	Kirstges, Dr. Angela	ja
21.	~~Kloster, Antje~~	
22.	Lehmann, Thomas	nein
23.	~~Lonkai, Yannick~~	
24.	Mandt, Anja	ja
25.	Marxfeld, Gesche	ja
26.	~~Moriße, Thorsten Paul~~	
27.	Reinhard, Darwin	nein
28.	~~Sanchez Mengeler, Anja~~	
29.	Schäfer, Walther	Enthaltung
30.	Schön, Detlef	ja
31.	Schoolmann, Sven	ja
32.	Schröder, Gabriele	ja
33.	~~Schulte, Dr. Günther~~	
34.	Stoermer, Kristian	ja
35.	Stoffers, Jens	ja
36.	Stomberg, Petra	ja

37.	Stump, Detlef	nein
38.	Suberg, Thomas	ja
39.	Tönjes, Andreas	nein
40.	Walpurgis, Frank Uwe	ja
41.	Walzner, Horst Dieter	nein
42.	Weinstock, Helga	Enthaltung
43.	~~Weithöner, Prof. Dr. Uwe~~	
44.	Werner, Olaf	ja
45.	Zaage, Astrid	ja

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt das vorgelegte Standortgutachten zur Kenntnis und stellt fest, dass die Standortbewertung auf Grundlage der von den Gremien beschlossenen Kriterien zur Standorteignung und Wirtschaftlichkeit erfolgt ist.
2. Der Rat beschließt, den von dem Gutachter empfohlenen Standort C – Wilhelmshavener Kreuz Ost als Vorzugsstandort für die weitere Entwicklung des gemeinsamen Zentralklinikums festzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Realisierung des Vorzugsstandortes und zur Entwicklung eines interkommunalen Sondergebiets Gesundheitswirtschaft / Zentralklinikum erforderlichen weiteren Verfahrensschritte, Untersuchungen, Abstimmungen und Planungen vorzubereiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Klinikgesellschaften und dem Landkreis Friesland auf das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zuzugehen. Ziel ist eine verbindliche Aussage zur Förderung des Bauvorhabens am Standort C – Wilhelmshavener Kreuz Ost, insbesondere hinsichtlich der Förderquote und Berücksichtigung bereits erhaltener Fördermittel und deren Zweckbindungszeiten.
5. Sollte sich im Zuge der von der Verwaltung nachfolgenden zur Realisierung des Vorzugsstandortes nötigen Planungs-, Genehmigungs- oder Realisierungsphasen herausstellen, dass der Vorzugsstandort aus rechtlichen, tatsächlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht weiterverfolgt wird, so wird die Verwaltung in die Planung für den im Gutachten nächstbestbewerteten Standort einsteigen. Sollte sich auch für diesen Standort eine Realisierungsunfähigkeit abzeichnen, ist entsprechend zu verfahren und sukzessive in die Planung für die jeweils nächstbestbewerteten Standorte gemäß der Rangfolge des Gutachtens einzusteigen, bis eine Umsetzung an einem der geprüften Standorte erfolgreich eingeleitet werden kann oder alle Alternativen des Gutachtens ausgeschöpft sind. Standortwechsel bedürfen eines vorherigen Ratsbeschlusses.

10.1.2 Verschmelzung der Friesland Kliniken gGmbH auf die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **307/2026**

Herr Heinemann führt in die Vorlage ein. Er betont auch hier, dass keine Fusion, sondern der Weg zu einer Fusion geebnet würde. Er verweist auf die aufschiebenden Bedingungen, die nun in einem Prozess bis Mitte 2027 abgeprüft würden. Nur wenn diese Bedingungen eingehalten werden könnten, würde die Fusion rückwirkend zum 01.01.2027 umgesetzt werden. **Herr Schön** sieht nach eigener Aussage große Vorteile, wenn ein Zentralklinikum

errichtet würde. Er führt die bevorstehenden Insolvenzen der vergangenen Jahre vor Augen und verweist auf die Einsparpotenziale durch die Zusammenführung, ebenso wie auf die Steigerung der Effizienz und die positiven Effekte auf dem hart umkämpften Fachkräftemarkt. Nicht zuletzt durch den Abbau von Doppelstrukturen könne man wirtschaftlicher werden. Er kündigt einen Änderungsantrag der SPD an, um noch mehr Sicherheit für die Beschäftigten zu erhalten. Er bitte um breite Zustimmung. **Herr Stoffers** spricht von einer wirklich zukunftsweisenden Entscheidung, die Region betreffend, zu treffen. Ziel sei es, die Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln und dadurch die Leistungsfähigkeit zu stärken, Synergien zu erschließen und eine organisatorische und wirtschaftliche Struktur zu schaffen, die eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung gewährleistet. Wichtig sei, dass diese Entscheidung nun nicht weiter auf die lange Bank zu schieben. Auch wenn noch Fragen offen wären, müsse man sich nun auf den Weg machen, um die beiden Gesellschaften zusammenzuführen. Die Forderung nach der Beibehaltung einer kommunalen Krankenhausstruktur würde mit diesem Beschluss erreicht werden. **Herr Fischer** schließt sich den Vorrednern an und betont, dass dem Kommunalen Arbeitgeberverband beigetreten werden müsse, um eine einheitliche Gehaltsstruktur zu erreichen. Durch die Einrichtung eines interkommunalen Gewerbegebietes werde die Region gestärkt. Er setze den Impuls, in Folge dieses Beschlusses auch über ein weiteres Zusammenwachsen nachzudenken. Herr Burkhart wünscht sich eine transparente Kommunikation auf Augenhöhe und begrüßt den Beschluss, dem er zustimmen werde.

Herr Lehmann erschließt sich nach eigener Aussage nicht, wie zwei „kranke“ Gesellschaften nach der Zusammenführung plötzlich erfolgreich geführt werden können sollen. Seine Gruppe werde der Verschmelzung nicht zustimmen, zumal die Mitsprache der kleineren Parteien und Gruppen in der neuen Gesellschaft nicht vorgesehen wäre. **Herr Tönjes** spricht nicht für seine Gruppe, sondern für sich persönlich und bringt seine Bauchschmerzen zum Ausdruck. Er sehe wie Herr Lehmann Defizite in der Steuerung der neuen Gesellschaft, da dies bislang noch nicht geregelt sei. Deswegen werde er der Sache nicht zustimmen, obwohl er grundsätzlich die Fusion für notwendig erachte. Dennoch seien zum jetzigen Zeitpunkt die Voraussetzungen noch nicht geschaffen. **Herr Berner** stellt mit Verweis auf die Ausführungen von Herrn Lehmann klar, dass der Aufsichtsrat nicht das Klinikum führe, sondern ein Kontrollgremium sei. Aus seiner Sicht sei der Rat das Gremium für die finanziellen Dinge und die politischen Entscheidungen. Alle anderen Entscheidungen seien bei der Gesellschaft richtig angesiedelt. Auch er werde der Vorlage zustimmen.

Herr Block bringt den nachfolgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Die SPD-Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag zur Vorlage 307/2026 um folgende Maßgabe zu ergänzen:

Der Verschmelzungsvertrag ist bei der lfd. Nummer 7 nach dem dritten Absatz um folgende Regelung zu ergänzen:

Die nach der Verschmelzung gemeinsam getragene Klinikgesellschaft soll dem Arbeitgeberverband beitreten, um tarifgebundene Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen.

Der Änderungsantrag wird bei 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und 30 Ja-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Walpurgis betont, dass man sich nur gemeinsam als Region begreifen könne – das gelte nicht nur für den Standort, sondern auch für die Gesellschaft. Man habe die große Chance, einen Pflock in die Erde zu schlagen für die gesundheitliche Versorgung der Region. **Frau Weinstock** erwidert auf Herrn Berner, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung zu beaufsichtigen habe. Die Ausführungen von Herrn Berner seien ihr zu lapidar gewesen. **Herr Burkhart** stellt klar, dass Friesland noch im Arbeitgeberverband

vertreten sei. Außerdem wolle er Herrn Lehmann die Angst zur Besetzung der Gremien nehmen und erwähnt, dass die Besetzung der Gesellschafterversammlung vom Rat beschlossen werde.

Die namentliche Abstimmung erfolgt wie folgt:

1.	Bakir-Block, Nurhayat	ja
2.	Baruschke, Manuel	ja
3.	Becker, Stefan	ja
4.	~~von den Berg, Michael~~	
5.	Berner, Ulf	ja
6.	Block, Volker	ja
7.	Bosse, Heidi	ja
8.	Brandt, Norbert Peter	ja
9.	Bulla, Markus	ja
10.	Burkhart, Martin	ja
11.	Ehlers, Martin	ja
12.	~~Feist, Carsten~~	
13.	Fischer, Olaf	ja
14.	Hager, Marvin	ja
15.	Heide, Christina	ja
16.	Heinemann, Uwe	ja
17.	Holtz, Birgit	ja
18.	Kastrioti, Torsten	ja
19.	Kempcke, Susanne	ja
20.	Kirstges, Dr. Angela	ja
21.	~~Kloster, Antje~~	
22.	Lehmann, Thomas	nein
23.	~~Lonkai, Yannick~~	
24.	Mandt, Anja	ja
25.	Marxfeld, Gesche	ja
26.	~~Moriße, Thorsten Paul~~	
27.	Reinhard, Darwin	nein
28.	~~Sanchez Mengeler, Anja~~	
29.	Schäfer, Walther	Enthaltung
30.	Schön, Detlef	ja
31.	Schoolmann, Sven	ja
32.	Schröder, Gabriele	ja
33.	~~Schulte, Dr. Günther~~	
34.	Stoermer, Kristian	ja
35.	Stoffers, Jens	ja
36.	Stomberg, Petra	ja
37.	Stump, Detlef	nein
38.	Suberg, Thomas	ja
39.	Tönjes, Andreas	nein
40.	Walpurgis, Frank Uwe	ja
41.	Walzner, Horst Dieter	nein
42.	Weinstock, Helga	Enthaltung
43.	~~Weithöner, Prof. Dr. Uwe~~	
44.	Werner, Olaf	ja
45.	Zaage, Astrid	ja

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
(30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fasst folgenden einheitlichen Beschluss:

- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung der Friesland Kliniken gGmbH (übertragender Rechtsträger) auf die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (übernehmender Rechtsträger) nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes (UmwG) in der vorliegenden Fassung des Verschmelzungsvertrages (**Anlage 1**) zu.
- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Gesellschaftsvertrag (**Anlage 2**) und weist die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, den Gesellschaftsvertrag (**Anlage 2**) zu beschließen, dem Verschmelzungsvertrag (**Anlage 1**) sowie den weiteren zur Umsetzung der Verschmelzung erforderlichen Schritten zuzustimmen und ggfs. notwendige redaktionelle Anpassungen und Korrekturen offensichtlicher Unrichtigkeiten vorzunehmen. Für darüberhinausgehende Änderungen bedarf es eines erneuten Ratsbeschlusses.
- Der Oberbürgermeister wird angewiesen, die Gesellschaftervereinbarung (**Anlage 3**) abzuschließen sowie ggfs. notwendige redaktionelle Anpassungen und Korrekturen offensichtlicher Unrichtigkeiten vorzunehmen. Für darüberhinausgehende Änderungen bedarf es eines erneuten Ratsbeschlusses.
- Die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH werden angewiesen, den Geschäftsführer der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH anzuweisen,
 - den Verschmelzungsvertrag (**Anlage 1**) abzuschließen, sowie ggfs. notwendige redaktionelle Anpassungen und Korrekturen offensichtlicher Unrichtigkeiten vorzunehmen. Für darüberhinausgehende Änderungen bedarf es eines erneuten Ratsbeschlusses.
 - die zur Umsetzung der Verschmelzung erforderlichen fördermittelrechtlichen und krankenhausrechtlichen Verfahren zu führen.
- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung
 - die zur Umsetzung der Verschmelzung erforderlichen kommunalaufsichtlichen und beihilferechtlichen Verfahren zu führen,
 - einen Verzicht oder Teilverzicht auf eine aufschiebende Bedingung nur dann zu erklären, wenn dieser vorher durch den Rat beschlossen wurde,
 - nach Eintritt der aufschiebenden Bedingungen gem. Verschmelzungsvertrag (**Anlage 1**) und Gesellschaftervereinbarung (**Anlage 3**) einen bestätigenden Beschluss des Rates einzuholen und im Anschluss auf eine zeitnahe Anmeldung der Verschmelzung zum Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft (Klinikum Wilhelmshaven gGmbH in der nach Verschmelzung geänderten Firma) hinzuwirken und
 - den Rat in jeder seiner Sitzungen über den Stand des Vollzugs (Handelsregistereintrag, weitere Umsetzungsschritte, Stand der Fusion der internen Strukturen) zu informieren.
- Der Verschmelzungsvertrag ist bei der lfd. Nummer 7 nach dem dritten Absatz um folgende Regelung zu ergänzen:
Die nach der Verschmelzung gemeinsam getragene Klinikgesellschaft soll dem Arbeitgeberverband beitreten, um tarifgebundene Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen.

(geändert durch Antrag der SPD-Fraktion in der Ratssitzung am 09.09.2026)

11 Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben
abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der
Geschäftsordnung des Rates)

Eine Bürgerin stellt Fragen, die sich nicht auf die soeben abgehandelte Tagesordnung beziehen. Sie wird von **Ratsvorsitzender Dr. Kirstges** darauf hingewiesen, ihre Fragen schriftlich einreichen zu können.

Eine weitere Bürgerin, die sich als Betriebsrätin der Klinik in Varel vorstellt, möchte wissen, wie die Stadt als künftige Mitgesellschafterin sicherstellt, dass die Betriebsräte aller bestehender Standorte eine echte, transparent Mitbestimmung erhalten, statt sie nach ihren Aussagen wie bisher vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Herr Bruns erläutert, dass die Verschmelzung bis Ende August 2027 erfolgt und rückwirkend festgestellt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sei jedes Krankenhaus und jede Gebietskörperschaft in eigener Verantwortung für ihre jeweiligen Kliniken zuständig. Somit könne der Rat bis zur Fusion keine Auskunft auf die gestellte Frage geben. Der Rat könne nur auf das Klinikum in Wilhelmshaven einwirken. Sie müsse sich also an Friesland wenden.

Für die Einbindung des Betriebsrates des Klinikums Wilhelmshaven führt **Herr Schaaf** aus, dass dieser eingebunden sei und Bestandteil der Struktur wäre. Außerdem sei es gesetzlich vorgesehen, dass der Betriebsrat alle Unterlagen erhalte. Eine Betriebsversammlung sei mit dem Betriebsrat vereinbart, in regelmäßigen Gesprächen würde dieser bereits eingebunden werden. **Herr Bruns** führt zusätzlich aus, dass in Wilhelmshaven auch der Gesamtbetriebsrat einbezogen worden sei, da es auch städtische Mitarbeitende im Eigenbetrieb RNK gebe. **Herr Stoermer** weist darauf hin, dass auch im Aufsichtsrat ein Beschäftigtenvertreter Mitglied sei.

Ende der Sitzung: 16:29 Uhr

Dr. Angela Kirstges
Ratsvorsitz

Thomas Bruns
Kämmerer

Julia Muth
Protokollführung